

Verwaltungen über Gemeindegrenzen hinaus

TAGUNG 140 Bürgermeister und weitere Verwaltungsfachleute diskutierten über Zukunft der Kommunen / Land unterstützt freiwillige Zusammenführungen

KREIS GIESSEN (ee). Hessen hat 212 Gemeinden mit weniger als 7500 und 123 Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Gerade in dieser Größenordnung sind Kommunen prädestiniert für eine Zusammenarbeit im Rahmen eines Gemeindeverwaltungsverbandes. Dies unterstrich beim Kongress zum Thema „Neuen Formen der Zusammenarbeit von Kommunen“ in der Pohlheimer Volkshalle Staatssekretär Werner Koch vom Hessischen Innenministerium. Bemerkenswert sei aber, dass mittlerweile auch Kommunen mit deutlich mehr als 10 000 Einwohnern sich sehr intensiv mit Gemeindeverwaltungsverbänden befassen.

Gemeinsam mit dem Innenministerium hatten die drei kommunalen Spitzenverbände und das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ) in die Volkshalle eingeladen. KIKZ-Geschäftsführer Claus Spandau konnte 220 Teilnehmer, darunter rund 140 hessische Bürgermeister begrüßen. „Heute soll der Blick der Kommunen von den bisher üblichen kleinen Bereichen Interkommunaler Kooperationen auf größere, nahezu sämtliche Bereiche der Gemeindeverwaltungen umfassende Formen der Zusammenarbeit wie den Gemeindeverwaltungsverband oder die Verwaltungsgemeinschaft gelenkt werden“, machte Spandau deutlich.

„Kein Zwang“

Koch erklärte, dass die Gemeindeverwaltungsverbände eine Möglichkeit zur gemeinsamen Erledigung von Verwaltungsgeschäften sind. Mittlerweile seien erste Gemeindeverwaltungsverbände entstanden. Über diesen ersten hessischen Gemeindeverwaltungsverband Allendorf/Eder und Bromskirchen informierten die beiden Bürgermeister Karl-Friedrich Frese (Bromskirchen) und Claus Junghenn (Allendorf/Eder). Koch wertete die Verwaltungsverbände als Möglichkeit, die positiven Wirkungen interkommunaler Kooperationen in einem besonders großen Umfang zu realisieren. Der Verwaltungsverband habe nicht nur ein schmales Segment aus dem Bereich der Verwaltungen zum Gegenstand der Kooperation, sondern deren gesamtes Spektrum. Und dadurch könnten Synergien in einem ganz besonders hohen Maße realisiert werden. Gleiches würde auch für die Verwaltungsgemeinschaft gelten, bei der eine Gemeinde die Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbandes erfüllt. „Wir sehen in diesen Kooperationsformen ein großes Zukunftspotential“, so Koch mit dem Hinweis,



Rund 140 Bürgermeister und weitere Experten diskutierten in Pohlheim über die Zukunft der Gemeinden.

Fotos: Wißner

dass seitens des Landes in diesem Jahr rund drei Millionen Euro für IKZ-Anträge als Fördermittel ausgeschüttet werden. Nach einer genaueren Prüfung des Hessischen Rechnungshofes insbesondere der kleinsten hessischen Kommunen werde das Land in den nächsten Jahren sich dieser Thematik zuwenden müssen. „In anderen Bundesländern favorisiert man Lösungen, Gemeinden zwangsweise zusammenzulegen. Ich bin mir aber sehr sicher, dass, solange Ministerpräsident Bouffier in Hessen Verantwortung trägt, es keine substantielle Diskussion um eine weitere Gebietsreform in Hessen geben wird. Das ist auch richtig so, denn größere Einheiten führen nicht zwangsläufig zu verbesserten Haushaltssituationen.“

Überhaupt würden zwangsweise Gebietsreformen immer die Gefahr bergen, dass ein intaktes Geflecht an ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen, Feuerwehren und sonstigen Aktivitäten dauerhaft beschädigt werden. Dies müsse vermieden werden. „Die künftig noch steigenden Anforderungen an eine professionelle, effektive und kostengünstige örtliche Verwaltung müssen aus meiner Sicht daher in anderer Weise erfüllt werden. Und hier ist es der Gemeindeverwaltungsverband, der eine erfolversprechende Handlungsalternative bietet“, so Koch.

„Keinesfalls eine Lahn-Stadt“

INTERVIEW Claus Spandau vom Kompetenzzentrum zur Zukunft der Gemeinden

KREIS GIESSEN (ee). Am Rande des Pohlheimer Treffens hatten wir gestern Fragen an Claus Spandau, den Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit in Wiesbaden. Spandau war früher Bürgermeister von Laubach.

Wenn man das so hört und von einem Gemeindeverwaltungsverband die Rede ist, könnte man fast meinen, Sie wollen die Lahn-Stadt wieder neu aufleben lassen?



Interview

mit Claus Spandau vom Kompetenzzentrum

Spandau: Nein, keinesfalls. Dies wurde auch in der Ansprache des Staatssekretärs Werner Koch sehr deutlich und Fusion ist kein Thema. Und ehrlich gesagt, ist dies unter einem aus Gießen kommenden Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der die Lahn-Stadt selbst erlebt hat, auch nicht denkbar. Vielmehr können sich Mini-Kommunen auf eigenen Wunsch zusammenschließen, aber von Seiten

des Landes wird keiner zu einem solchen Schritt gedrängt.

Was ist dann unter einem Gemeindeverwaltungsverband zu verstehen?

Spandau: Es ist dies ein Schritt die Verwaltung von zwei, drei oder auch vier Kommunen komplett zusammenzuführen. Das heißt, es gibt eine Verwaltung für mehrere Kommunen.

Die beteiligten Städte und Gemeinden bleiben für sich weiterhin selbstständig.

Und auf diesem Gebiet besteht ein erhebliches Einsparpotential.

So eine Vorstufe davon sind dann etwa, weil wir ja hier in Pohlheim sind, gemeinsame Kassen. Pohlheim ist ja Sitz der Kassen von Linden, Fernwald und Pohlheim.

Spandau: Ja, so etwas spart natürlich schon und ein weiterer Schritt sind dann auch die Zusammenführung von Standesämtern.

Das ist ja alles schön und vielleicht auch gut, aber ist das denn bürgerfreundlich?

Spandau: Das ist die Frage der Organisation. Bei einer Kasse kann in der Gemeinde ja eine Zahlstelle bleiben. Und bei einem gemeinsamen Standesamt etwa in Pohlheim kann doch der Antrag in der eigenen Kommune gestellt werden und die gewünschten Unterlagen am nächsten Tag auch abgeholt werden. Das muss man nur entsprechend organisieren. Das ist kein Problem.

Das heißt also, es wird dann künftig ein großes Rathaus geben, wo die Verwaltung sitzt und eine Annahmestelle im Ort?

Spandau: Nein, keinesfalls. Es muss kein neues Rathaus gebaut werden. Jede Kommune hat doch ihr Rathaus und das wird auch weiterhin genutzt. Es werden nur die Verwaltungsaufgaben zusammengeführt und neu organisiert.

Anerkennung für Helfer aus dem Gießener Land

EHRUNG Sieben Ehrenamtliche aus dem Rettungsdienst sind vom Hessischen Sozialministerium ausgezeichnet worden

KREIS GIESSEN (red). Zum zweiten Mal wurden ehrenamtliche Rettungskräfte mit dem Rettungsdienstehrenzeichen des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration gewürdigt. „Es ist ein gutes Zeichen für den Rettungsdienst im Landkreis Gießen, dass gleich sieben ehrenamtlich Engagierte für ihre Zuverlässigkeit und ihren Einsatz ausgezeichnet werden“, sagte Landrätin Anita Schneider nach der Feierstunde auf dem Flugplatz in Reichelsheim.

Das Rettungsdienstehrenzeichen erhielten im Landkreis Gießen: Heinz-Georg Jäger (Organisatorischer Leiter Rettungsdienst, seit 1997), Thomas Rink (OLRD, 2000), Martin Tasci-Lempe (OLRD, 2002), Michael Burke (OLRD, 2006) Frank Kessler (OLRD, 2006), Dr. Andre Althoff (Leitender Notarzt, 2006) und Dr. Simon Little (LNA, 2009). „Damit würdigen wir den Einsatz der ehrenamtlichen Kräfte im Rettungsdienst, die viele Stunden unentgeltlich den hessischen Bürgerinnen



Das Rettungsdienstehrenzeichen erhielten im Landkreis Gießen (v.l.): Michael Burke, Martin Tasci-Lempe, Thomas Rink, Frank Kessler, Gerhard Zeitler (Hessisches Sozialministerium), Dr. Simon Little, Dr. Andre Althoff und Heinz-Georg Jäger. Foto: red

und Bürgern mit ihrem Wissen in medizinischen Notlagen zur Seite stehen“, betonte der Hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, bei der Überreichung der Auszeichnun-

gen an insgesamt 70 Rettungskräfte. Die hauptamtlichen Rettungsdienstkräfte werden durch das ehrenamtliche Engagement während einer Vielzahl von Einsatzen bei der flächende-

ckenden Notfallversorgung unterstützt. Das Hessische Rettungsdienstehrenzeichen ist eine Anerkennung und Würdigung für die langjährig unentgeltlich geleistete Arbeit.

Im Kreis vier Internet-Schulen

KREIS GIESSEN (red). Das Siegel „Internet-ABC-Schule“ geht an 78 Grund- und Förderschulen in Hessen. Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und Joachim Becker, Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) haben gestern in Hofheim die offizielle Auszeichnung verliehen. Die ausgezeichneten Schulen erklären mit der Annahme der Auszeichnung zugleich auch ihren gezielten Einsatz für die zukünftige Förderung der Internetkompetenz ihrer Schüler. Das Siegel erhalten Grund- und Förderschulen in Hessen, die ihre Schüler bei dem Erwerb von Internetkompetenz unterstützen, Lehrkräfte fortbilden und der Eltern in gesonderten Angeboten zum Thema „Chancen und Gefahren des Internets“ informiert und sie bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen. Aus dem Gießener Land sind dabei: Grundschule am Eulentrum (Allendorf/Lda.), Agnes-Neuhaus-Schule (Gießen), Schule am Diebstrum (Grünberg) und die Goetheschule (Staufenberg).